

EVENT DESCRIPTION SHEET

(To be filled in and uploaded as deliverable in the Portal Grant Management System, at the due date foreseen in the system.

 *Please provide one sheet per event (one event = one workpackage = one lump sum.)*

PROJECT	
Participant:	[4] - [ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung] (ÖKOBÜRO)
PIC number:	[936994296]
Project name and acronym:	[Discussions and Actions on Climate and Environment] – [DACE]

EVENT DESCRIPTION	
Event number:	[D4.1.]
Event name:	[We want climate justice! – Citizens' climate rights and international litigation experience]
Type:	Seminar
In situ/online:	in-situ
Location:	Vienna, Austria
Date(s):	19/03/2024
Website(s) (if any):	https://oekobuero.at/de/themen/energie-biodiversitaet-klima/klimaschutz/projekt-discussions-and-actions-on-climate-and-environment-dace/
Participants	
Female:	22
Male:	14
Non-binary:	0
From country 1 [name]:	36 (Austria)
From country 2 [name]:	
From country 3 [name]:	
...	
Total number of participants:	36
From total number of countries:	1
Description	
<i>Provide a short description of the event and its activities.</i>	
Wo bleibt der Schutz der Böden? – Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung nutzen	

Mit welchen rechtlichen Mitteln können Bürger:innen gegen den hohen Bodenverbrauch in Österreich vorgehen? Dieser Frage widmeten sich am 19. März 2024 über 30 Teilnehmende, darunter Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Landwirtschaft und Raumplanung. Durch die Fachbeiträge und Diskussion mit den Expert:innen von ÖKOBÜRO, Greenpeace, WWF und AllRise wurde klar: wer etwas verändern will, muss hartnäckig bleiben.

Einleitung

„In Österreich wird jährlich immer noch eine Fläche in der Größe von Eisenstadt verbaut.“, betonte Lisa Weinberger, stellvertretende Geschäftsführung von ÖKOBÜRO, in der Veranstaltungseröffnung. Bodenschutz sei eine wichtige Klimaschutzmaßnahme, scheitere aber oft am fehlenden politischen Willen. Häufig wird im Kontext des hohen österreichischen Bodenverbrauchs der Föderalismus ins Feld geführt. Weinberger widerlegte diese Aussage mit einem positiven Gegenbeispiel aus der Schweiz. Dort gibt es trotz der föderalen Struktur bereits seit Jahrzehnten ein Bundesamt für Raumordnung. Dadurch liegen sowohl fachliche Kompetenz als auch Aufsichtsfunktion bei einer Spezialbehörde, die den Bodenverbrauch länderübergreifend kontrolliert.

Möglichkeiten der Öffentlichkeit beim Bodenschutz

Gregor Schamschula, Umweltjurist bei ÖKOBÜRO und Lektor für Umweltrecht auf der FH Campus Wien, legte die politischen und rechtlichen Möglichkeiten für die öffentliche Beteiligung im Bereich Bodenschutz dar. Einerseits kann die Öffentlichkeit durch das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Druck auf politische Entscheidungsträger:innen ausüben, andererseits können Bürger:innen beispielsweise auch Umweltinformationen zu Bauprojekten einholen. Außerdem können sich Betroffene und Umweltschutzorganisationen an Umweltverfahren beteiligen. Grundlage dafür bilden die [Aarhus-Konvention](#), das [Umweltinformationsgesetz](#) und die durch EU-Recht gesicherten Beteiligungsrechte bei [Umweltverträglichkeitsprüfungen \(UVP\)](#) und [Strategischen Umweltprüfungen \(SUP\)](#).

Schamschula skizzierte Herausforderungen für diese Beteiligungsprozesse in Österreich, insbesondere beim Zugang zu Umweltinformationen und der Durchführung von UVP und SUP. Als Lösungen nannte er mehr Ressourcen für die Behörden, eine vom Bund abwärts gehende Energieraumplanung und partizipative, gute Umweltverfahren.

Im Anschluss veranschaulichten die drei Gastredner:innen anhand von Beispielen, wie die Öffentlichkeit ihre rechtlichen Möglichkeiten in der Praxis anwenden kann.

Beispiele aus der Praxis

Olivia Herzog, Biodiversitätsexpertin bei Greenpeace, stellte das Projekt „Grafenwörth“ vor. Hier konnten durch die Beantragung von Umweltinformationen Unregelmäßigkeiten bei der Umwidmung von Grün- auf Bauland durch die Gemeinde Grafenwörth aufgedeckt werden. Der Fall unterstreicht die Bedeutung von Transparenz und öffentlichem Zugang zu Informationen: So betonte Herzog vor allem die instrumentelle Rolle der Zivilgesellschaft, Behörden zur Rechenschaft zu ziehen und nachhaltige Bodennutzungspraktiken einzufordern.

Ann Winkler, Alpenschutzexpertin des WWF, betonte die Dringlichkeit des Schutzes alpiner Räume. Dass die Öffentlichkeit auch hier erfolgreich mobilisieren kann, illustrierte sie am Beispiel der gescheiterten „Gletscher-Ehe“ zwischen Ötztal und Pitztal. Hier wurde ein umstrittenes Seilbahnprojekt durch die Einbeziehung lokaler Gemeinschaften und die Nutzung rechtlicher Mechanismen wie der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Umweltverträglichkeitsprüfung verhindert. So konnten Umweltschutzorganisationen die ökologisch sensible Region vor dem schweren Eingriff bewahren. Winkler warnte vor ähnlichen geplanten Projekten im Pitztal und Kaunertal, gegen die sich der WWF ebenfalls engagiert.

Wolfram Proksch, Rechtsanwalt und Gründer der Organisation „AllRise“, stellte in seinem Vortrag die durch AllRise eingereichte VfGH-Klage gegen Bodenverbrauch vor und zeigte

das Potenzial rechtlicher Wege im Bodenschutz auf. Die Klage verweist auf die mangelnde Umsetzung europarechtlicher Vorschriften durch den österreichischen Gesetzgeber. Mit strategischen Klimaklagen und Advocacy-Kampagnen fordern Organisationen wie AllRise staatliche Untätigkeit heraus und ziehen Entscheidungstragende für ihre Versäumnisse bei der Einhaltung von Umweltverpflichtungen zur Rechenschaft.

Diskussion

Während der Diskussion im Workshop brachten die Teilnehmer:innen zahlreiche Fragen an die Vortragenden ein und teilten auch ihre eigenen Expertisen und Vorschläge zu den Workshop-Themen mit. Diskutiert wurde etwa das Verursacherprinzip, das besagt, dass externe Kosten durch Schadensersatzpflichten internalisiert werden sollten. Außerdem wurden mögliche Mechanismen erörtert, um Opfer des Klimawandels zu entschädigen, z.B. wenn ihre Höfe überschwemmt werden. Auch die mangelnde Mobilisierung von Brachflächen wurde behandelt sowie die unzureichende Umsetzung von Rechtsschutz in Österreich.

ERGEBNISSE DER DISKUSSION

Als Lösungsansätze für mehr Beteiligungsrechte im Bereich Bodenschutz nannte ein Teilnehmender die Gründung von Wassergenossenschaften. Auch die Einrichtung eines „Raumordnungsministeriums“ nach dem Schweizer Modell wurde als ein Teil der Lösung für mehr Bodenschutz in Österreich festgehalten. Weiters wurde die Problematik von kurzsichtigen Gemeindeinteressen und zu wenig kontrollierten Flächenwidmungen diskutiert und eine Reform des Finanzausgleichs als Teillösung ins Treffen geführt.

Die Diskussion verdeutlichte den Bedarf an umfassenden Maßnahmen zum Schutz der endlichen Ressource Boden, sowie die stärkere Einbindung der Bevölkerung in politische und rechtliche Partizipationsprozesse.

DATEN ZUR VERANSTALTUNG

Insgesamt nahmen 36 Personen an der Veranstaltung teil. Zielgruppe waren Organisationen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und Gemeinden, doch auch Expert:innen aus der Verwaltung, Unternehmen im Bereich Stadtplanung und Privatpersonen nahmen teil. Von den Anwesenden identifizierten sich 22 als weiblich und 14 als männlich.

Kontakt:

Mag.a Lisa Weinberger, LL.M.

lisa.weinberger@oekobuero.at

ENGLISH SUMMARY

Where is Soil Protection Heading? – Using Opportunities for Public Participation

With which legal means can citizens take action against the high soil consumption in Austria? This question was addressed by over 30 participants on March 19, 2024, including representatives of civil society, agriculture, and spatial planning. Through expert presentations and discussions with experts from ÖKOBÜRO, Greenpeace, WWF, and AllRise, it became clear: those who want to change something must be persistent.

Introduction

"In Austria, an area the size of Eisenstadt is still being built on every year," emphasized Lisa Weinberger, Deputy Managing Director of ÖKOBÜRO, at the opening of the event. Soil protection is an important climate protection measure, but often fails due to a lack of political will. In the context of Austria's high soil consumption, federalism is often cited. Weinberger refuted this statement with a positive example from Switzerland. Despite its federal structure, Switzerland has had a Federal Office for Spatial Planning for decades. This

means that both specialist expertise and the supervisory function lie with a specialist authority that controls soil consumption across the country.

Public Participation Opportunities in Soil Protection

Gregor Schamschula, environmental lawyer at ÖKOBÜRO and lecturer in environmental law at the FH Campus Wien, presented the political and legal opportunities for public participation in the field of soil protection. On the one hand, the public can exert pressure on political decision-makers through the fundamental right of assembly, and on the other hand, citizens can, for example, also obtain environmental information on construction projects. In addition, affected persons and environmental protection organizations can participate in environmental procedures. The basis for this is the Aarhus Convention, the Environmental Information Act and the participation rights guaranteed by EU law in environmental impact assessments (EIA) and strategic environmental assessments (SEA).

Schamschula outlined challenges for these participation processes in Austria, particularly in terms of access to environmental information and the implementation of EIA and SEA. He mentioned more resources for the authorities, energy and spatial planning from the federal government down, and participatory, good environmental procedures as solutions.

In the following, the three guest speakers illustrated how the public can apply their legal Möglichkeiten in practice using examples.

Practical Examples

Olivia Herzog, biodiversity expert at Greenpeace, presented the "Grafenwörth" project. Here, by requesting environmental information, irregularities in the conversion of green land to building land by the Grafenwörth municipality were uncovered. The case underlines the importance of transparency and public access to information: Herzog emphasized the instrumental role of civil society in holding authorities accountable and demanding sustainable land use practices.

Ann Winkler, Alpine protection expert at WWF, emphasized the urgency of protecting alpine areas. She illustrated the fact that the public can also successfully mobilize here using the example of the failed "glacier marriage" between Ötztal and Pitztal. Here, a controversial cable car project was prevented by involving local communities and using legal mechanisms such as public participation in the environmental impact assessment. In this way, environmental protection organizations were able to protect the ecologically sensitive region from serious intervention. Winkler warned of similar planned projects in the Pitztal and Kaunertal, against which the WWF is also campaigning.

Wolfram Proksch, lawyer and founder of the organization "AllRise", presented the VfGH complaint against soil consumption filed by AllRise in his presentation and showed the potential of legal paths in soil protection. The complaint refers to the lack of implementation of European law by the Austrian legislator. With strategic climate lawsuits and advocacy campaigns, organizations like AllRise challenge state inaction and hold decision-makers accountable for their failures to comply with environmental commitments.

Discussion

During the discussion in the workshop, the participants brought numerous questions to the speakers and also shared their own expertise and suggestions on the workshop topics. The polluter pays principle, which states that external costs should be internalized through liability for damages, was discussed. In addition, possible mechanisms for compensating victims of climate change were discussed, e.g. if their farms are flooded. The lack of mobilization of fallow land and the insufficient implementation of legal protection in Austria were also discussed.

Discussion Results

As solutions for more participation rights in the area of soil protection, one participant mentioned the establishment of water cooperatives. The establishment of a "Ministry of Spatial Planning" based on the Swiss model was also recorded as part of the solution for more soil protection in Austria. Furthermore, the problem of short-sighted municipal interests and insufficiently controlled land use zoning was discussed and a reform of the financial equalization system was cited as a partial solution.

The discussion highlighted the need for comprehensive measures to protect the finite resource of soil, as well as the stronger involvement of the population in political and legal participation processes.

Event Data

A total of 36 people attended the event. The target group was organizations and representatives of civil society and municipalities, but experts from the administration, companies in the field of urban planning and private individuals

Contact:

Mag.a Lisa Weinberger, LL.M.

lisa.weinberger@oekobuero.at